

Die Erderwärmungshysteriker reden vom Klima. Laßt uns vom Wetter reden!

geschrieben von Admin | 2. August 2025

Lothar W. Pawliczak

Das Propaganda-Trommelfeuer, der nächste Frühling, Sommer, Herbst, Winter, jeder kommende Monat wird der heißeste seit Menschengedenken nervt und ist lächerlich. Es lohnt sich nicht, darüber zu reden, denn jeder weiß, wie das Wetter war. Und es ändert sich oder bleibt, wie es ist. Das Wetter taugt immer für einen harmlosen Smalltalk, Klimaprognosen nicht. Das Wetter ist auf konkrete Regionen bezogen – West- oder Mitteleuropa, Nord- oder Süddeutschland oder noch kleinräumiger – für Stunden, Tage und wohl bis zu etwa 3 Tage zuverlässig und bis zu 3 Wochen mit immer größeren Abweichungen voraussagbar aufgrund aktueller Messungen, Radardaten und Satellitenaufnahmen mittels Computerprogrammen, die die Dynamik der Tief- und Hochdruckgebiete, Windgeschwindigkeiten und Wolkendeckung für einen relativ kurzen Zeitraum modellieren können und dann mit den Klimamodellen sehr wenig gemeinsam haben. Jeder weiß und erlebt es faktisch täglich: Wenn es wenig Wolken am Himmel, es also viel Sonne gibt, wird es tagsüber warm, mitunter sehr warm – ist die Wolkenabdeckung stark, ist es kühler. Das ist der Wasserdampf in der Luft, nicht CO₂.

Klimamodelle, die den CO₂-Gehalt der Luft als entscheidenden Bestimmungsfaktor des angenommenen Treibhauseffekts postulieren, liefern offensichtlich und eindeutig fehlerhafte Klimaprognosen. Sie stimmen nur selten mit dem wirklichen Klima überein. Und mit dem Wetter auch nur zufällig und das auch noch selten. Die Klimakatastrophenwarner weichen nun, da sich Prognosen für jeden erfahrbar als falsch erweisen, darauf aus, auf hohe Temperaturen irgendwo in Europa oder sonstwo in der Welt zu verweisen, und behaupten, so bestätigt zu sein. Das ist etwa so, als wenn ein Bevölkerungsstatistiker feststellt, daß zunehmende Geburtenraten in einer Region mit der zunehmenden Anzahl brütender Störche – vielleicht in einer ganz anderen Region – korrelieren und so bestätigt glaubt, dass Störche die Kinder bringen. Daraus wäre dann als Prognose abzuleiten: Wenn es uns gelingt, die Vermehrungsrate der Störche zu erhöhen, werden wir in Deutschland und Europa nach einer Generationsdauer das Problem der Überalterung der Bevölkerung beseitigt haben. Logisch: Wenn wir kräftig Klimasteuern zahlen, sinkt der CO₂-Gehalt der Luft und das Wetter wird angenehmer. Oder etwa nicht?

Die „Beweise“ für den Anstieg der „Weltdurchschnittstemperatur“ im Vergleich zum Referenzzeitraum 1850-1900

(<https://sciencefiles.org/2025/07/27/wettersimulanten-warum-der-hitzesommer-der-keiner-ist-doch-einer-ist/>) sind einfach unsinnig, denn nur 32 Meßstationen, von denen 75,9 % in den USA, weitere knapp 10 % in Kanada lagen, bilden die Grundlage für die Errechnung einer „globalen Erdtemperatur“ der Jahre 1850 bis 1859 usw.: 62 weitere Meßstationen kommen von 1860 bis 1869 hinzu. 1850 gab es in Europa nur eine Meßstelle, nämlich in den Niederlanden, 1856 kommt eine in Österreich hinzu und bis 1900 gibt es zwar insgesamt 338 Meßstellen in Europa, aber überwiegend in Mittel- und Nordeuropa. Für die heißen Regionen Europas gibt es vor 1900 kaum Meßwerte, nicht für Asien, nicht für Lateinamerika, nicht für das subsaharische Afrika (außer Südafrika). Durch die Einrichtung von Meßstellen in diesen wärmeren bis heißen Regionen erhöht sich die errechnete „Weltdurchschnittstemperatur“ im Verlaufe des 20. Jahrhunderts.

Für den Fall, daß Sie bei nächster Gelegenheit wieder ein Klimaaktivist nerven sollte und sie den loswerden wollen, rate ich ihnen, sich mit einigen Argumenten zu den Unschärfen, Schwächen, Ungereimtheiten und Widersprüchen der Treibhaushypothese zu wappnen, die Michael Limburg in der Broschüre *Die Treibhaushypothese: Alles Schall und Rauch?: Eine Kritik auf der Basis exakter Naturwissenschaften* (Hamburg 2021) gut verständlich und preiswert (9,97 Euro) auf 108 Seiten dargelegt hat.

Paradigmenwechsel-Das Ende eines Märchens: Wie die USA den CO2-Mythos kippen

geschrieben von Admin | 2. August 2025

Horrende Energiepreise, unwirtschaftliche Energiewende, Klimapanik: All das basiert auf einem Narrativ, das mit Wissenschaftlichkeit nichts zu tun hat – auf einem Framing, das CO2 als schädlich und gefährlich brandmarkt. Nun kippen die USA dieses ideologisch-mythologische Konstrukt.

Von Holger Douglas

Die Überraschung könnte kaum größer sein: Lee Zeldin, neuer Chef der US-Umweltschutzbehörde EPA, will mit dem zentralen Dogma der Klimapolitik aufräumen – der Einstufung von Kohlendioxid (CO₂) als Schadstoff. Damit

kündigt der neue starke Mann an der Spitze der Umweltbehörde an, was noch vor kurzem undenkbar schien: das Ende des offiziellen Klimadogmas in den Vereinigten Staaten. Und das im Herzen der US-Klimapolitik.

Vor Lee Zeldin stand Michael S. Regan an der Spitze der US-Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency). Ein Paradebeispiel für den neuen Typus von Funktionären, die Umweltpolitik mit identitätspolitischen Schlagworten aufladen. Unter Präsident Joe Biden ins Amt gehoben, machte sich Regan vor allem mit schrägen Begriffen wie „Environmental Justice“ – im Deutschen gerne als „Umweltgerechtigkeit“ wiedergegeben – einen Namen. Gemeint ist damit ein Sammelbecken aus Klima-Ideologie, Umverteilungsfantasien und Rassendiskurs, das mit klassischem Umweltschutz kaum noch etwas zu tun hat.

Regan trieb eine radikale Ausweitung der CO₂-Regulierung voran. In der Sprache der neuen Aktivisten: den „Kampf gegen Treibhausgase“. Ein Nonsense-Begriff, der sich aber als politisch umso wirksamer erwies: Denn wer CO₂ – ein lebenswichtiges Spurengas – als „Treibhausgas“ brandmarkt, erzeugt Bilder von Hitze, Gefahr, Notstand. Unter Regans Führung wurde die EPA zum Werkzeug einer ideologischen Transformation: CO₂ sollte als zentrales Übel in allen Lebensbereichen bekämpft, reguliert und besteuert werden.

Noch früher, in Obamas Amtszeit, war es unter anderem Gina McCarthy, die maßgeblich an der Einstufung von CO₂ als „public danger“ beteiligt war. CO₂ sollte als gefährliches Treibhausgas reguliert werden, indem Energieversorgung und Wirtschaft zerstört werden sollten. Die EPA-Aktivisten spielten übrigens eine wesentliche Rolle im Kampf gegen die verhasste Autoindustrie: beim Lostreten des VW-Skandals.

Nun kehrt unter Präsident Trump mit Lee Zeldin ein gestandener amerikanischer Politiker zurück, Jurist und ehemaliger Armeeoffizier, der seit dem 29. Januar 2025 als 17. Administrator der US-Umweltschutzbehörde EPA im Amt ist.

Er beendet das dubiose „Endangerment Finding“. Diese Schlüsselregelung aus dem Jahr 2009 bezeichnete Treibhausgase wie CO₂ als Gefahr für die öffentliche Gesundheit. Zeldin kündigte an, diese wegfallen zu lassen. Eine Deregulierung, die jährlich Einsparungen von über 50 Milliarden US-Dollar verspricht und als größte in der US-Geschichte bezeichnet wird.

Seine wichtigste Aufgabe, wie im EPA-Programm beschrieben: eine „Agenda zur Wiederherstellung der Größe der amerikanischen Wirtschaft aggressiv vorantreiben“. Dazu gehören Energieunabhängigkeit, Automobilindustrie, KI-Technologie und Bürokratieabbau.

In diesem Sinne strebt er die „Entmachtung der Wissenschaftsabteilung“ an. Sowohl Budgets als auch Mitarbeiter im Forschungsbereich (Office of Research & Development) wurden stark gekürzt, alle sogenannten „Umweltgerechtigkeits“-Programme gestrichen und Fördermittel

eingefroren.

Zeldin selbst erklärte in einer Senatsanhörung, er glaube zwar, dass der Klimawandel real sei, kritisierte jedoch die bisherigen Regulierungen als ideologisch verzerrt und wirtschaftsschädlich. Er wurde von Präsident Donald Trump nominiert und mit einer Mehrheit von 56 zu 42 Stimmen im Senat bestätigt, darunter übrigens auch von drei demokratischen Senatoren.

Jetzt also räumt Lee Zeldin mit dem zentralen Dogma der Klimapolitik auf – der Einstufung von Kohlendioxid (CO_2) als Schadstoff. Was für Klimaaktivisten einem Sakrileg gleichkommt. Die schrien auch postwendend auf, sehen sie doch ihre Pfründe davonschwimmen.

Dies wird sich für die amerikanische Wirtschaft und Energieversorgung als Befreiungsschlag erweisen. Denn damit stellt sich die US-Regierung unter Donald Trump erneut gegen eine Ideologie, die ganze Industriezweige knebelt, Energiepreise in die Höhe treibt und zugleich dem Fortschritt Fesseln anlegt.

Denn es ist schier unglaublich, was ein „klimaindustrieller Komplex“ seit Jahrzehnten aufgezogen hat: Kohlendioxid (CO_2) in westlichen Industrieländern als Feindbild Nummer eins aufzubauen. Es sei ein „klimaschädliches Gas“, verantwortlich für „Erderhitzung“ und Umweltkatastrophen. Dass es sich dabei um ein geruchloses, unsichtbares, ungiftiges Gas handelt, das Pflanzen zum Leben brauchen und das jeder Mensch beim Ausatmen produziert, wurde zur Nebensache erklärt.

CO_2 ist kein Schadstoff, sondern der elementare Grundstoff für das Leben auf der Erde. Die Photosynthese wäre ohne den wichtigen Baustein CO_2 nicht möglich. Es ist das, was Pflanzen wachsen lässt, Sauerstoff erzeugt, die Nahrungsketten aufrechterhält. Ohne CO_2 kein Leben.

Schon 2013 hatte Tichys Einblick ausführlich in der Reportage „Das arme Molekül CO_2 “ mit Fakten und letztlich Schulwissen mit dem grünen Dogma aufgeräumt.

Nun kommt Zeldin – und will genau dort ansetzen. Seine Botschaft ist klar: Die Grundlage, auf der unzählige US-Klimagesetze beruhen, die Einordnung von CO_2 als „public danger“, als öffentliche Gefahr, soll gestrichen werden. Damit würden auch viele Regulierungen ihre Grundlage verlieren, die unter Obama eingeführt wurden und später von Biden wiederbelebt worden sind.

Trump hatte schon bei seinem Amtsantritt angekündigt, mit dem „Klimamärchen“ aufzuräumen. Nun folgt die konkrete Umsetzung. Das sei, so Zeldin, der Anfang vom Ende eines religiösen Dogmas.

Das ist mehr als ein Donnerschlag. Damit wirft die Trump Administration alles über den Haufen, was die Energieversorgung zum Einsturz bringen sollte und große Teile der Wirtschaft schwer beschädigte.

Die Folgen sind dramatisch – im positiven Sinne. Denn Energie ist nicht irgendeine Ware. Sie ist der Grundpfeiler jeder industriellen Wertschöpfung. Teure Energie bedeutet: unproduktive Arbeit, sinkende Wettbewerbsfähigkeit, Deindustrialisierung. Billige Energie hingegen – sei es aus Kohle, Gas, Öl oder Kernkraft – bedeutet: Produktivität, Wachstum, Wohlstand. Wer den CO₂-Ausstoß massiv verteuert, belastet damit fast jede Form von wirtschaftlicher Aktivität.

Insofern wirkt „Klimaschutz“ wie eine gigantische Bremsanlage auf die gesamte Ökonomie.

Trump hatte auf seinem Rückflug von seinen denkwürdigen Auftritten in Schottland noch einmal betont: „Wir fangen an, viele Windräder abzureißen. Sie funktionieren nicht. Sie sind schlecht und sie sind zu teuer.“ Seine Worte zielen auf ein weiteres Glaubensbekenntnis der grünen Transformation: dass angeblich Wind und Sonne genügen würden, um eine stabile und leistungsfähige Energieversorgung sicherzustellen.

Tatsächlich aber funktioniert keine moderne Volkswirtschaft mit wetterabhängiger Stromerzeugung. Ohne Speicher, ohne Grundlast, ohne steuerbare Kraftwerke wird aus der Versorgung ein Glücksspiel. Die Folge: Staaten wie Deutschland müssen immer häufiger Reservekraftwerke aktivieren oder Strom aus dem Ausland einkaufen, oft aus Kohle- oder Atomkraft.

Was für die USA die Freisetzung wirtschaftlichen Potentials bedeutet, wird Europa weiter fesseln: Während sich in Washington die Schleusen öffnen für billige, verfügbare Energie, verstrickt sich Brüssel in einem kleinteiligen Dschungel aus CO₂-Bepreisung, Emissionshandel, Förderregeln, Verboten und Greenwashing.

Die Energiepreise in Deutschland liegen rund dreimal höher als in den USA. Ganze Industriezweige wie die Chemie- oder Aluminiumproduktion wandern ab – oft genau dorthin, wo Energie nicht verteufelt, sondern genutzt wird.

Von der CO₂-Hysterie profitiert haben indessen Betreiber von Wind- und Solaranlagen, Berater- und Zertifizierungsbüros und NGOs und Umweltlobbyisten. Weiterer Profiteur ist die Bürokratie, die sich mit neuen Regulierungs- und Überwachungsaufgaben betraut sah. Medienhäuser haben sich tatkräftig am Schüren der Panik beteiligt, und konnten mit Klimapanik-Schlagzeilen auftrumpfen.

Die großen Verlierer sind hingegen der Mittelstand, energieintensive Industrien, und letztlich der Verbraucher, der mit höher steigende Strom- und Spritpreise stemmen muss, und der Steuerzahler.

Die Absurdität liegt auf der Hand: Noch nie in der Geschichte der Menschheit ist jemand auf die Idee gekommen, Luft zu besteuern. Doch genau das geschah mit der Einführung von CO₂-Zertifikaten und Abgaben.

Und damit nicht genug: Ganze Erzählwelten wurden erschaffen – mit

Kippunkten, Weltuntergangsszenarien, Schulstreiks und Fernsehpredigern.

Doch nun scheint es, als würde die Trump-Administration diese Welt wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Es wäre eine Rückkehr zu naturwissenschaftlicher Klarheit, zu ökonomischer Rationalität – und zu politischer Nüchternheit. Wer die Grundlage der CO₂-Regulierung kippt, gibt nicht nur der Wirtschaft Luft zum Atmen, sondern entzieht auch einem ganzen Klima-Komplex den Boden.

Die ideologische Transformation – so Zeldin – war ein Irrweg. Jetzt geht es darum, wieder zu funktionierenden Grundlagen zurückzukehren. Die USA senden ein klares Signal: Der Klima-Industrie-Komplex wird in seine Schranken gewiesen. CO₂ ist kein Feind, sondern ein Freund.

Und genau das könnte – jenseits aller politischen Streitigkeiten – die produktivste Nachricht seit Jahren sein. Irgendwann wird sie auch nach Europa schwappen.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Jetzt kommt der „Kurswechsel“

geschrieben von Admin | 2. August 2025

von Peter Würdig

...das sagt zumindest Katherina Reiche, Ministerin für Wirtschaft und Energie, hier wird darüber berichtet: Ökostrom: „Kosten müssen runter“ – Reiche will Kurswechsel bei der Energiewende – WELT Mit dem Wechsel ist das so eine Sache, da hatte man uns doch den Politikwechsel versprochen, ist auch nichts draus geworden. Nun also heißt es, „die Kosten müssen runter!“, also beim Ökostrom, und dass der eigentlich viel zu teuer ist, dem wird kaum jemand widersprechen.

Es soll einen „Realitätscheck“ zur Energiewende geben, und den will Katherina bis Ende des Sommers vorlegen. Die Energiewende gibt es seit 2000, da wurde das EEG beschlossen, also der Übergang zur Planwirtschaft, und dass man nun „schon“ nach 25 Jahren die Realität checkt, das ist ja immerhin ein Fortschritt. Angemahnt wurde das schon lange, ich erinnere an die Worte von Prof. Sinn in seinen Vorträgen: „Haben die denn keinen Taschenrechner?“, und nun muss man hoffen, dass Katherina einen Taschenrechner hat und den in die Hand nimmt. Einen Realitätscheck im Kleinen hatten wir übrigens auch schon, erinnert sei an das Projekt „Smart region Pellworm“, EIKE hat darüber berichtet: Vom

Winde verweht – die Pellworm-Pleite, lebendige Eindrücke aus einer „Smart region“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie und auch hier: Wenn schon pleite, dann aber richtig ! Ein Nachruf auf die „Smart region Pellworm“ – EIKE – Europäisches Institut für Klima & Energie Die Realität ergab, dass die Energiewende nicht in der Lage war, auch nur eine kleine Insel zu versorgen. Man hat dann klammheimlich alles wieder abgebaut und auf der Fläche einen Hundespielplatz eingerichtet. Die Frage also ist, müssen wir nach dem Realitätscheck nicht nur Pellworm, sondern auch ganz Deutschland zum Hundespielplatz umbauen ?

Eine der neuen Ideen ist: „Betreiber von Ökostrom-Anlagen sollten sich aus Reichen Sicht künftig an der Finanzierung des Stromnetzausbau beteiligen.“ Was heißt da „beteiligen“, ist das auch nur so ein Placebo-Effekt wie bei der „Akzeptanz-Abgabe“, da bezahlen die Betreiber 0,2 Ct. pro kWh für die Gemeindekasse, und die Bürger der Gemeinde „dürfen“ dann 8 Cent, 10 Cent oder 12 Cent für eine kWh bezahlen, die im freien Markt niemand auch nur für 1 Cent freiwillig abnehmen würde. Da bleiben also Fragen, denn den weiteren Netzausbau brauchen wir ja nur wegen der Energiewende. Und dass die vom System verhätschelten Betreiber von EE-Anlagen merkliche Teile ihres Profits ohne massiven Druck abgeben ist mehr als fraglich.

Mehr „Steuerbarkeit“ ?

Zum „Realitätscheck“ heißt es: „Wir brauchen zwingend mehr Steuerbarkeit, um die Volatilität der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien ausgleichen zu können. Auch Speicher spielen zum Ausgleich eine Rolle. Sie sind Teil der Lösung, aber reichen allein nicht aus.“ Wie will man denn die Volatilität ausgleichen, da fehlt jeder sinnvolle und bezahlbare Ansatz. Den Ausgleich haben bisher die Kernkraftwerke geleistet, da wurden die letzten drei schon unter der Regierung Scholz abgeschaltet und zerstört. Jetzt gibt es noch einen Ausgleich durch die noch bestehenden Kohle-Kraftwerke, aber die sollte ja auch abgeschaltet und zerstört werden. In manchen Situationen kann nur das Ausland helfen, da die deutsche Energiewende nicht mitmachen, dann hofft man auf „Atomstrom“ aus Frankreich. Nach den bisherigen Vorstellungen der Ministerin sollen Gaskraftwerke in der Größenordnung von 20 GW errichtet werden, aber nicht nur dass niemand diese Werke ohne massive Subventionen bauen wird, wo das Gas dafür herkommen soll und was das dann kostet, das weiß heute niemand. Von daher kommen also Kosten ohne Ende auf uns zu.

Bitte „kosteneffizienter“ !

Reiche weiter: „Die Energiewende müsse kosteneffizienter werden. Und das geht auch.“ Wie das aber wirklich gehen soll, dafür fehlt auch der geringste Ansatz. Das ist also alles nur Wunschdenken. Dann heißt es auch noch: „wegen fehlender Netze müssen erneuerbare Anlagen immer

wieder gedrosselt werden“, ese sind aber nicht fehlende Netze, es fehlen die Speicher. Zu manchen Zeiten, vor allem im Sommer, produzieren die EE-Anlagen zeitweilig mehr als überhaupt gebraucht werden kann, das wird nicht anders, wenn man noch mehr Netze hat. Mit dem weiteren Zubau von Windmühlen und PV-Anlagen wird die Schieflage im System immer größer, wenn Anlagen gedrosselt werden müssen, dann erhalten sie trotzdem die gesetzlich vorgeschriebenen Vergütungen, wie dabei die Energiewende „kosteneffizienter“ werden soll, erschließt sich mir nicht. Dann zeigt sich bei Katherina noch ein seltsames Verständnis von Technik. Wörtlich: „Wir brauchen sie (die „Erneuerbaren“) auch, weil es innovative Technologien sind.“ Also, Windmühlen sind die Technik des Mittelalters, damals hatte man nichts anderes, die wirklich innovative Technologie ist die Erfindung der Dampfmaschine (und der Kernreaktor), davon findet sich aber nichts bei den Äußerungen unsere Wirtschaftsministerin.

Grüner Widerstand.

Nun kommt, wie zu erwarten, auch noch Widerstand von der grünen Seite. Karsten Smid, Greenpeace-Experte, sagt dazu: „Was Katherina Reiche als ‚Realitätscheck‘ verkauft, ist in Wahrheit ein Rückfall in die fossile Vergangenheit“. Als Experte weiß er, was „green“ ist und was nicht, und so fordert er auch noch, durch mehr Windmühlen „mehr Flexibilität im Netz zu ermöglichen“. Das erinnert an den bekannten Hinweis einer ehemaligen Außenministerin: „Das Netz ist der Speicher !“. Nun, da können wir spannende neue Entwicklungen erwarten !

C02-Bepreisung bis zum Blackout

geschrieben von Admin | 2. August 2025

Die Abgaben auf C0₂-Emissionen sollen zur Weltklimarettung europaweit steigen. So sollen Kohle- und Gaskraftwerke unrentabel gemacht werden, damit sie schließen. Diese Politik führt zu immer höheren Strompreisen und zum Blackout. Allein mit Wind- und Solarstrom bricht das Stromnetz zusammen. Dieser unzuverlässige Strom ist für eine Vollversorgung nicht geeignet. Er ist Fakepower.

von Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel Pressesprecher NAEB

Kürzlich war der Tiefwasserhafen von Wilhelmshaven zur Besichtigung frei gegeben. Neben einem wachsenden Umschlag von Containern (Wilhelmshaven können die größten Containerschiffe der Welt anlaufen) werden hier

jährlich rund 20 Millionen Tonnen Erdöl und inzwischen mehrere Millionen Tonnen verflüssigtes Erdgas angelandet. Um 1 Million Tonnen Kohle werden an der Niedersachsenbrücke ausgeladen und das meiste davon im angrenzenden Onyx-Kraftwerk verstromt. Wilhelmshaven ist eine wichtige Drehscheibe für Energieimporte.

CO₂-Abgaben bremsen günstigen Kraftwerkstrom

Das Onyx-Kraftwerk mit rund 700 Megawatt Leistung und 46 Prozent Wirkungsgrad ist eins der effektivsten Kraftwerke der Welt. Es nutzt zur Stromerzeugung 46 Prozent der Brennstoffenergie. Die meisten Kraftwerke in Deutschland pendeln um 40 Prozent. Weltweit werden viele ältere Kraftwerke nur mit 35 Prozent Wirkungsgrad betrieben, also mit einem wesentlich höheren Brennstoffanteil pro Kilowattstunde.

Erstaunt war ich, als mir ein Mitarbeiter des Kraftwerkes berichtete, dass dieses effektive und regelbare Kraftwerk mit großer Momentan-Reserve im letzten Jahr nur rund 3.000 Stunden, also ein Drittel des Jahres am Netz war. Strom wird nur produziert, wenn die Börsenpreise hoch genug sind, um die Brennstoffkosten und die weiter steigenden Abgaben auf CO₂-Emissionen zu decken. Das ist nur in wind- und sonnenarmen Zeiten der Fall. Die steigenden CO₂-Abgaben sollen die Kraftwerke unwirtschaftlich machen. Das ist das Ziel der Regierung und fast aller Parteien auf Empfehlung der Wirtschaftsweisen zur Weltklimarettung.

Fakepower schwächt das Stromnetz

Die mehr als 5 Millionen Solaranlagen in Deutschland erzeugen bei Sonnenschein, unterstützt von der wachsenden installierten Leistung der Windgeneratoren, immer öfter mehr Strom als gebraucht wird. Damit werden 2 Probleme immer größer.

Erstens: Wohin mit dem überschüssigen Strom? Denn Strom muss im Moment seiner Erzeugung auch verbraucht werden. Ausreichende Speicher sind nicht vorhanden und auch für die Zukunft nicht denkbar. Außerdem ist das Speichern teuer. Es gehen 20 bis 30 Prozent des Stroms verloren. Hinzu kommen die Finanzierungskosten der Speicher. Auch müssen Abnehmer für den Stromüberschuss gefunden werden, sonst sprechen die Überlastsicherungen an. Folge: Blackout. Das Beispiel Spanien lässt grüßen. Daher wird der überschüssige Strom zu jedem Preis verkauft, sogar mit Zuzahlung. Diese Entsorgungskosten müssen wir mit steigenden Strompreisen bezahlen.

Importe von Atom- und Kohlestrom stabilisieren das Netz

Zweitens: Wie halten wir das Stromnetz stabil, wenn Fakepower (Wind- und Solarstrom) weiter zunimmt? Die Netzfrequenz ist dafür das zentrale Steuerelement. Ein Absinken zeigt an, dass mehr Leistung verlangt wird. Ein Anstieg erfordert eine Leistungsminderung. Dampfkraftwerke (Kohle, Gas, Atom) sowie Wasserkraftwerke erzeugen mit ihren synchronisierten Generatoren eine stabile Netzfrequenz. Schalten sich Verbraucher ein, sinkt die Frequenz, schalten sie ab, steigt sie. Die schweren rotierenden Massen der Generatoren verzögern die Leistungsänderungen und damit Frequenzabweichungen (Momentan-Reserve), bis die Leistung der Dampf- und Wasserkraftwerke auf den neuen Bedarf geregelt ist.

Mit Fakepower, die weder planbar noch regelbar ist (sie kann nur reduziert oder abgeschaltet werden), kann kein Stromnetz aufgebaut und gestützt werden. Dazu werden als Grundlast mindestens 40 Prozent regelbare Kraftwerke mit Momentan-Reserve gebraucht, die eine stabile Netzfrequenz liefern. In ein solches Netz können dann bis zu 60 Prozent Fakepower eingespeist werden. Aber die Fakepower-Erzeugung übersteigt bei günstigem Wetter immer häufiger den Bedarf. Trotzdem bleibt das Netz stabil. Wie ist das möglich? Auch bei Fakepower-Überschuss müssen Kraftwerke als Frequenzgeber weiterlaufen. Strom aus regelbaren Wasserkraftwerken und Biostromanlagen werden zum Ökostrom gezählt. Sie erzeugen aber Grundlast. Generatoren aus abgeschalteten Kohlekraftwerken laufen mit Stromantrieb weiter, um die Momentan-Reserve im Netz zu erhöhen. Weiter erfolgt ein Stromtausch mit unseren Nachbarländern. Atomstrom aus Frankreich und der Schweiz, sowie Kohlestrom aus Polen, stabilisieren das deutsche Stromnetz. Ohne unsere Nachbarn sind wir einem Blackout deutlich näher.

CO₂-Abgaben schwächen Industrie und Wirtschaft

Die hohen Abgaben auf CO₂-Emissionen haben bereits die wirtschaftlichen Betriebszeiten der Kohlekraftwerke wegen zu niedrigen Börsen-Strompreisen deutlich reduziert. Das politische Ziel, die Kohlekraftwerke so stillzulegen, scheint zu gelingen. Übersehen wird aber, dass mit jeder weiteren Wind- und Solarstromanlage und mit immer längerem Abschalten der Kohle- und Gaskraftwerke die Stromkosten weiter steigen und das Netz bis zum Blackout geschwächt wird. Eine erfolgreiche Industriepolitik sieht anders aus.

Politikern und Journalisten fehlt Sachverstand

Wie konnte es dazu kommen? Die Wirkung der CO₂-Emissionen auf das Weltklima wird falsch eingeschätzt. Wortführer sind ideologisch verblendete Politiker, die Fachleute zu ihrer Unterstützung bezahlen. Unabhängige Forscher werden nicht beachtet oder sogar bekämpft. Die meisten Medien unterstützen mit positiven Berichten über die Energiewende diese Politik. Das Wissen über die komplizierte Stromversorgung ist gering. Offensichtlich ist vielen der Unterschied zwischen Leistung und Energie nicht bekannt. Sie betrachten Fakepower und Regelstrom als gleichwertig. So ist die Behauptung falsch, eine Wind- oder Stromanlage könne eine bestimmte Menge an Haushalten versorgen. Bei Dunkelflaute kann kein einziger Haushalt versorgt werden.

Die installierte Leistung von Fakepower-Anlagen wird häufig mit der installierten Leistung von Kraftwerken verglichen. Die Installierte Leistung von Fakepower-Anlagen wird nur unter Idealbedingungen erreicht. Unter Realbedingungen schwankt die Leistung, abhängig vom Wetter, zwischen 0 und 70 Prozent der installierten Leistung. Solaranlagen erreichen 10, Windgeneratoren an Land 20 Prozent der installierten Leistung als mittlere Jahresleistung. Kraftwerke liefern ganzjährig regelbare Leistungen, die sogar kurzfristig auf 110 Prozent der nominalen Kraftwerksleistung erhöht werden können.

Politiker und Medien sollten prüfen, ob ihre Gesetze und Kommentare mit den Grundlagen der Naturwissenschaften und mit dem gesunden Menschenverstand übereinstimmen. Für die Energiewende dürfte das in großen Teilen nicht der Fall sein.

Amtlich bestätigt: Energiewende scheitert am Wetter

geschrieben von Admin | 2. August 2025

Im ersten Quartal 2025 gab es mangels Wind einen massiven Einbruch bei der Windstromproduktion. Und wenn man die Anzahl der Windräder verdoppelt, gibt es zweimal keinen Strom. Ist das wirklich so schwer zu begreifen?

von Frank Bothmann

Welche Nachrichten haben Sie, werte Leser, Anfang Juni diesen Jahres zur Kenntnis genommen? War darunter die Information, dass die Energieproduktion zu Beginn des Jahres durch Windkraftanlagen drastisch eingebrochen ist? Und dies trotz eines ungebremsten weiteren Ausbaus dieser Anlagen? Wie konnte dies geschehen? In der Tagesschau wurde die folgende Nachricht jedenfalls nicht gebracht.

Das Statistische Bundesamt veröffentlichte am 6. Juni 2025 folgende Pressemeldung mit dem Titel: „Stromerzeugung im 1. Quartal 2025 mehrheitlich aus fossilen Quellen“. Mit diesem Titel wird jedoch das Wesentliche verschwiegen und wird erst im Text erläutert:

- Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien sinkt um 17,0 Prozent, konventionelle Stromerzeugung steigt um 19,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.
- Die Stromerzeugung aus Windkraft sinkt im Vorjahresvergleich um 29,2 Prozent, demgegenüber 15,3 Prozent mehr Kohlestrom
- Insgesamt 1,9 Prozent weniger Strom ins Netz eingespeist als im Vorjahresquartal – Stromimporte steigen um 14,9 Prozent, Exporte sinken leicht um 3,0 Prozent

Die deutsche Energiewirtschaft ist mit dem Energiewirtschaftsgesetz hochgradig reguliert und gleicht einer Staatswirtschaft der untergegangenen DDR. Zu den Erfolgsmeldungen und ständigen Monitorings der Bundesnetzagentur zum Ausbau der sogenannten „Erneuerbaren Energien“ passt es leider auch nicht, dass eine „Energiewende“ nicht funktioniert, wenn das Wetter es nicht will. Wir müssen deshalb konsequenterweise von wetterabhängiger Energieproduktion zukünftig sprechen, also „WEP“ statt „EEG“.

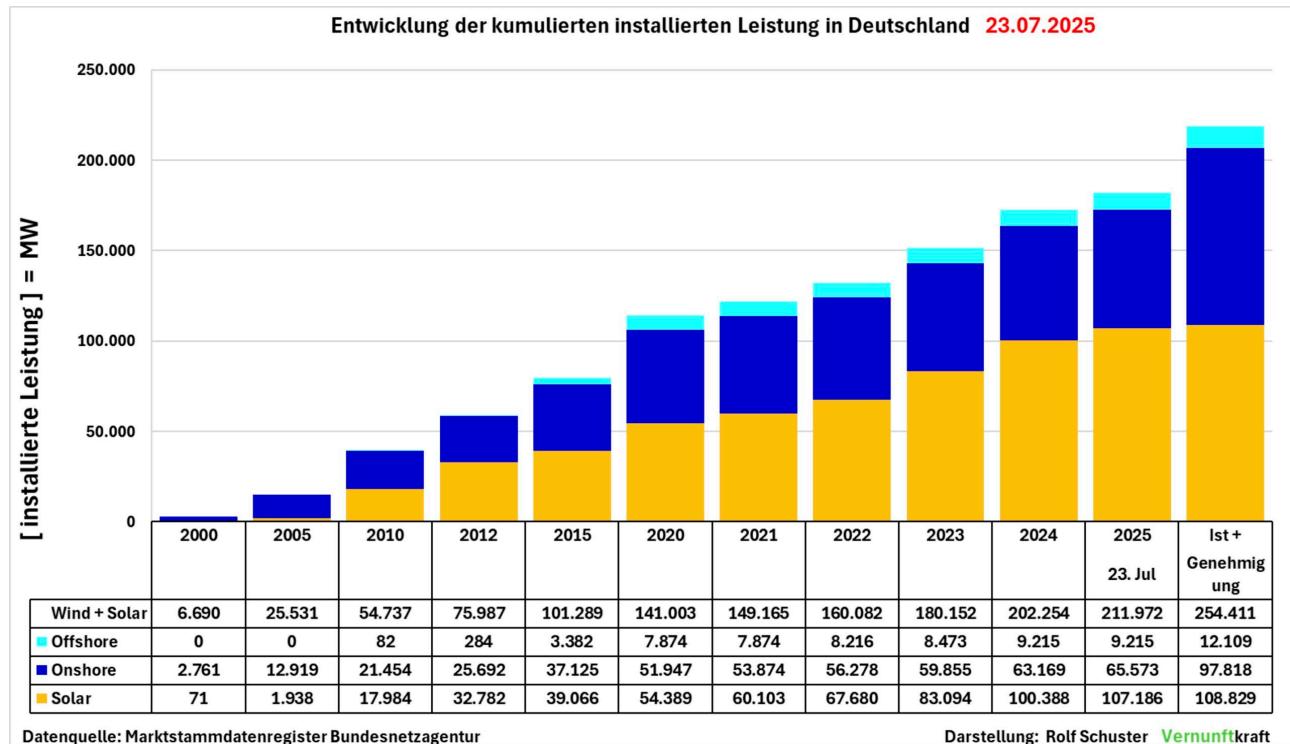
Windarmes Quartal führt zu Rückgang der Stromerzeugung aus wetterabhängiger Energieproduktion

Die Stromerzeugung durch Windkraft sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um erhebliche 29,8 Prozent. Maßgebliche Ursache für den Rückgang war ein außergewöhnlich windarmes erstes Quartal 2025. Eine Zunahme der ineffektiven Solarstromproduktion um 34,6 Prozent konnte diese Verluste nicht ausgleichen. Der Anteil der wetterabhängigen Stromproduktion blieb unterhalb der Hälfte des bundesdeutschen Bedarfes.

Dieser wurde in dem ersten Quartal 2025 zu 50,5 Prozent des Bedarfes mit Hilfe von Kohle- (plus 15,3 Prozent) und Gaskraftwerken gedeckt.

Die benötigte Strommenge wurde zudem durch eine Zunahme der Stromimporte um 14,9 Prozent gedeckt. Die enormen Kosten der täglichen Stromimporte erläutert Rüdiger Stobbe ja in seiner wöchentlichen Kolumne.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) hat bereits im April diese Minderleistung der Stromproduktion gemeldet, versteckt dies natürlich auch in einer anderslauternden Überschrift. Interessant ist hier, dass die Windstromproduktion gerade auf See um 31 Prozent gesunken ist. An Land immerhin noch um 22 Prozent.



Der Konjunktiv verhindert das Scheitern

In der gleichen Meldung des BDEW wird kundgetan, dass seit April 2024 insgesamt 872 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 4,3 Gigawatt hinzugebaut wurden. Hoppla, wie geht denn das: massiver Kapazitätsausbau und dennoch ein massiver Ertragseinruck? Der BDEW kommentiert dies ganz köstlich mit einem Konjunktiv: „Bei vergleichbaren Witterungsverhältnissen wäre die Stromerzeugung aus Wind somit deutlich gestiegen“. „Hätte, hätte, Fahrradkette“, fällt mir dazu als ebenso nichtssagender Kinderreim ein.

Die Energieproduktion in Deutschland ist massiv wetterabhängig. Mehr vom immer Gleichen (Solar- und Windenergieanlagen) potenzieren das Energiemangelproblem in Deutschland. Nach Dunkelflaute und Hellbrise müssen also auch windschwache Monate als Bestandteil einer höchst unzuverlässigen Stromproduktion in Deutschland in Betracht gezogen werden. Und dies bei einer dauerhaften Strommangellage, wie uns das Agorameter ständig vor Augen hält.

Wahrscheinlich reagiert die Energie-Wende-Fraktion mit einem neuen Regulierungsansatz. Wie könnte der lauten nach dem Wind-an-Land-Gesetz und dem Solarstromspitzengesetz?

Frank Bothmann (Jahrgang 1962), Diplom-Geograph, ist als Landschaftsplaner im Ruhrgebiet tätig.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier